

Beschluss

auf der ordentlichen Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.

Gegenstand: Für eine menschliche Flüchtlingspolitik: Verantwortung übernehmen, Herausforderungen gemeinsam schultern, Integration unterstützen

1 Unter dem Eindruck der hohen Flüchtlingszahlen sehen wir derzeit
2 in Europa eine dramatische Entsolidarisierung. Anstatt die
3 Herausforderung entschlossen und gemeinsam auf der Grundlage der
4 Werte des geeinten Europas anzupacken, erleben wir einen
5 zynischen Verschiebebahnhof, in dem Geflüchtete nicht mehr als
6 Menschen wahrgenommen werden, die Krieg und Terror entflohen
7 sind, sondern nur mehr als Problem, das am besten in die
8 Nachbarländer abgeschoben werden soll. Die Wiedereinführung von
9 Grenzkontrollen lehnen wir ab, denn sie sind kein Beitrag zur
10 Bewältigung der Herausforderung sondern verschärfen nur das Elend
11 der Geflüchteten. Deshalb lehnen wir weiterhin das Konzept und
12 die Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ ab,
13 weil diese Symbolpolitik zu keinerlei Verbesserungen in den
14 betroffenen Ländern führen. Im Gegenteil: Diskriminierung und
15 Verfolgung ist in diesen Ländern oftmals an der Tagesordnung. So
16 werden unter anderem Roma nach wie vor stigmatisiert und massiv
17 diskriminiert, queere Menschen leiden unter gesellschaftlicher
18 Verfolgung. Die Geflüchteten sind damit nicht aus der Welt,
19 sondern das Problem wird nur in das jeweils nächste Land
20 verlagert. Das Kalkül der CSU und Teilen der großen Koalition,
21 dass die Abschreckungspolitik von Orban zu einer Reduzierung der
22 Geflüchteten führt, die nach Deutschland kommen, ist eine
23 Kapitulation der Menschlichkeit.

24 Die Aufgabe werden wir nur mit mehr Solidarität lösen und nicht
25 mit weniger. Die Bürgerinnen und Bürger stellen ihre Solidarität
26 tagtäglich unter Beweis, indem sie tatkräftig anpacken und Not
27 lindern anstatt wegzusehen. Die sehr große Mehrheit der
28 Bevölkerung in Deutschland reagiert mit Offenheit und
29 Hilfsbereitschaft, wie die Bilder aus München und anderen Städten
30 und Gemeinden in den letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt haben.
31 All denen, die mit angepackt haben, gilt unser Dank. Gleichzeitig
32 muss das ehrenamtliche Engagement durch den Staat besser
33 unterstützt werden.

34 Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Es geht darum,
35 Hilfe und Unterstützung zu organisieren, die Geflüchteten
36 menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen und ihnen die
37 Integration in unser Land zu ermöglichen. Wir Grüne stehen ohne
38 Wenn und Aber zum Asyl als individuellem Menschenrecht. Jeder
39 Einzelfall zählt. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und
40 Rassismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft und müssen
41 mit allen Mitteln bekämpft werden.

42 Den Menschen, die in erster Linie als Arbeitsuchende zu uns
43 kommen und dabei aus Mangel an Alternativen den Weg des
44 Asylantrags gehen, müssen wir Alternativen anbieten. Dazu gehört
45 es zum einen, legale Wege der Arbeitsmigration zu schaffen, zum
46 anderen die Lebensumstände in den Herkunftsländern zu verbessern,
47 insbesondere für Roma. Es ist nicht tragbar, dass Menschen aus
48 Ländern fliehen müssen, die EU- Beitrittskandidaten sind.
49 Entsprechende Standards müssen zu zwingenden Voraussetzungen für
50 den EU-Beitrittskandidatenstatus werden. Dafür, aber auch bei der
51 Aufnahme der Geflüchtete aus den Bürgerkriegsländern des Nahen
52 und Mittleren Ostens sind alle europäischen Staaten aufgefordert
53 Verantwortung zu übernehmen und sich einer solidarischen Lösung
54 in Europa nicht zu verschließen. Die europäischen
55 Regierungschefinnen und Regierungschefs müssen umgehend ein
56 gemeinsames Hilfsangebot vorlegen insbesondere an die
57 Balkanländer, Griechenland und Italien zur Unterstützung bei der
58 menschenwürdigen Erstaufnahme. Statt dem gescheiterten Dublin-
59 System brauchen wir eine solidarische und humane neue Regelung,
60 um die Aufnahme der Geflüchtete zu organisieren.

61 Darüber hinaus muss die internationale Staatengemeinschaft
62 unverzüglich und entschlossen auf eine deutliche Verbesserung der
63 Situation in den Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten der
64 Krisengebiete hinwirken. Wir fordern das Land Bayern auf, in
65 Jordanien oder im Libanon Unterstützung zu leisten durch eine
66 Vereinbarung über eine bayerische Partnerschaftsregion.

67 Einige europäische Staaten sind unwillig, sich an einer Antwort
68 auf die Herausforderungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts und
69 notwendiger Einwanderung zu beteiligen. Diese Länder dürfen aber
70 eine humane und demographisch sinnvolle Flüchtlingspolitik nicht
71 verhindern. Es braucht deswegen einen Zusammenschluss der
72 willigen EU-Länder zu einer europäischen Lösung. Im Idealfall hat
73 dieser Zusammenschluss genug Anziehungskraft auch für andere EU-
74 Länder, die sich bisher notwendigen Schritten verweigern.

75 Die EU muss legale Fluchtwege ermöglichen, die die hochriskanten
76 Fluchten z.B. über das Mittelmeer nicht mehr notwendig machen und
77 auch den Schlepperorganisationen ihre Geschäftsgrundlage
78 entziehen. Dabei sollen die Botschaften die erste mögliche
79 Anlaufstelle für Asyl- und Einwanderung sein.

80 Schnelle Integration von Migranten kann helfen die ausgeprägt
81 schwierigen demographischen Strukturen in mehreren EU-Ländern zu

82 verändern. Ein sinnvolles Einwanderungsrecht muss die Asyl- und
83 Flüchtlingspolitik ergänzen, entlasten und positive Impulse
84 setzen.

85 Die derzeitige Situation der Geflüchteten muss verbessert werden.
86 Hierzu bedarf es einer ganzheitlichen, europäischen Strategie.
87 Die beschlossene Quote aber geht nicht auf die Bedürfnisse der
88 Geflüchteten ein - hier muss dringend nachgebessert werden.
89 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern setzt sich für eine humanitäre
90 Politik ein, wo Geflüchtete ein Mitspracherecht haben, in welchem
91 Land Sie Ihren Platz finden. Eigene Bedürfnisse und mögliche
92 Anknüpfungspunkte müssen auch in einer Quote berücksichtigt
93 werden. Gleichzeitig müssen Anreize geschaffen werden für ein
94 Europa der Solidarität, in welchem die Länder Geflüchtete nicht
95 als Eindringlinge, sondern als Chance sehen. Die Bedingungen in
96 den Ländern müssen angepasst und verbessert und angeglichen
97 werden. Zudem müssen Geflüchtete frühzeitiger als bisher von der
98 europäischen Freizügigkeit profitieren. Deutschland und das Land
99 Bayern sind wirtschaftlich stark und moralisch verpflichtet,
100 einen substanziellen Beitrag zu leisten, um die gemeinsame
101 Aufgabe zu lösen.

102 Konkret fordern wir Grüne auf bundespolitischer Ebene:

103 **1. Asylverfahren beschleunigen**

104 Derzeit sinkt die Dauer der Asylverfahren nicht, sondern sie
105 steigt. Die von der Bundesregierung versprochene
106 durchschnittlicher Verfahrensdauer von drei Monaten liegt in
107 weiter Ferne. Das liegt an der Unfähigkeit des
108 Bundesinnenministers endlich mehr Entscheiderinnen und
109 Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
110 einzustellen. Aktuell müssen schnellstmöglich Beamt*innen aus
111 anderen Bereichen verpflichtet werden. Ein zweiter Schritt wäre
112 es, Geflüchteten aus Ländern mit einer sehr hohen Schutzquote wie
113 Syrien, dem Irak und Eritrea die Aufnahme als
114 Kontingentflüchtlinge zu ermöglichen. Im dritten Schritt muss das
115 unsinnige Widerrufsverfahren, das eine Überprüfung des
116 Asylantrags nach drei Jahren vorsieht, ersatzlos gestrichen
117 werden. Mit diesen Maßnahmen könnte die Verfahrensdauer auf ein
118 akzeptables Niveau abgesenkt werden.

119 **2. Erstaufnahme- und Unterbringungskapazitäten ausbauen**

120 Auch mit Blick auf den herannahenden Winter muss die Anzahl der
121 Plätze in den Unterkünften deutlich erhöht werden. Das gilt für
122 die Erstaufnahmeeinrichtungen ebenso wie für den Wohnraum, den
123 Geflüchtete anschließend benötigen. Dafür müssen schnell und
124 unbürokratisch Bundes- und Landesimmobilien zur Verfügung
125 gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die kurzfristige
126 Bereitstellung von Notunterkünften. Die Renovierung und
127 Herrichtung muss schnell erfolgen, Genehmigungsprozesse sollen
128 möglichst beschleunigt werden, damit die Unterkünfte schneller

129 verfügbar sind. Der Bund und das Land Bayern müssen schnellstens
130 ein Wohnbauprogramm auflegen, um günstigen Wohnraum zu schaffen,
131 der auch den Wohnungsmarkt insgesamt entlastet.

132 **3. Finanzielle und strukturelle Entlastung von Ländern und** 133 **Kommunen**

134 Wir begrüßen die vom Bund zugesagte dauerhafte und strukturelle
135 Beteiligung an den Kosten für Länder und Kommunen. Insbesondere
136 die Kommunen benötigen deutlich mehr finanzielle Unterstützung.
137 Die Pauschale muss von der Landesregierung direkt an Städte,
138 Kommunen und Landkreise weitergereicht werden.

139 **4. Arbeitsmigration ermöglichen**

140 Wir begrüßen die Zusage der Bundesregierung, Arbeitssuchenden
141 aus den Balkan-Staaten eine legale Möglichkeit der
142 Arbeitsaufnahme in Deutschland zu eröffnen. Damit sind die
143 Bürgerinnen und Bürger aus diesen Staaten nicht mehr gezwungen,
144 den (weitgehend aussichtslosen) Umweg über das Asylrecht nehmen
145 zu müssen.. Gleichzeitig soll die Bevölkerung in diesen Staaten
146 verstärkt darüber aufgeklärt werden, welche Möglichkeiten und
147 Chancen es für die Arbeitsmigration nach Deutschland gibt. Für
148 die Roma in diesen Ländern muss es im Rahmen der Westbalkan-
149 Strategie deutliche größere Anstrengungen, um ihre
150 Lebensbedingungen dort zu verbessern. Asylbewerber, die
151 voraussichtlich keinen Schutz in Deutschland bekommen, aber als
152 Fachkraft identifiziert wurden, sollen die Möglichkeit des
153 „Spurwechsels“ bekommen; damit erhalten sie ein Aufenthaltsrecht
154 zum Zweck der Erwerbstätigkeit.

155 Deutschland braucht jetzt ein Einwanderungsgesetz, um jenseits
156 des Asylrechts Einwanderung zu regeln und zu ermöglichen.

157 **5. Integration stärken**

158 Viele der Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, werden
159 lange hier bleiben. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass sie
160 möglichst schnell und gut integriert werden. Schnelle und gute
161 Integration ist der entscheidende Punkt im Hinblick auf das
162 künftige Zusammenleben. Dafür ist es zunächst nötig, dass bereits
163 möglichst frühzeitig nach Ankunft genügend Integrations- und
164 Sprachkurse angeboten werden. Von großer Bedeutung für gelingende
165 Integration ist dabei, dass Geflüchtete schnell an den Ort
166 kommen, an dem sie bis zur Anerkennung bleiben werden. Der Zugang
167 zum Arbeitsmarkt ist von zentraler Bedeutung. Die meisten
168 Geflüchteten wollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und
169 unsere Unternehmen können sie gut gebrauchen, auch weil viele
170 Geflüchtete gut qualifiziert sind. Wenn es gelingt, sie besser
171 und schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, können sie
172 nicht nur ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen, sondern auch
173 einen wichtigen Beitrag für den Wohlstand des gesamten Landes
174 leisten. Leider ist das Recht derzeit eher darauf angelegt, eine

175 Arbeitsaufnahme so schwer wie möglich machen. Das wollen wir
176 ändern. Ein erster und wichtiger Schritt wäre es, die geltende
177 Vorrangprüfung völlig zu streichen, um auch Geflüchteten im
178 Verfahren frühzeitig Chancen am Arbeitsmarkt zu eröffnen. Viele
179 junge Geflüchtete kommen meist mit einer großen Motivation, sich
180 weiter zu qualifizieren. Daher sollten schon bei der Verteilung
181 Vorqualifikationen und Bildungswünsche berücksichtigt und eine
182 schnelle Aufnahme von Ausbildung bzw. Studium ermöglicht werden.
183 Um die medizinische Versorgung, wie sie auch anderen
184 Hilfsbedürftigen zur Verfügung steht, sicherzustellen, müssen
185 endlich die Regelungen für eine Gesundheitskarte eingeführt werden,
186 das ist ein Beitrag zum Abbau überflüssiger Bürokratie und
187 entlastet die Gesundheitsämter. .

188 **6. Bildung und Ausbildung sicherstellen**

189 Über die Hälfte der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die in
190 Bayern ankommen, ist unter 25 Jahre alt und ihre Zahl wird in
191 Zukunft weiter zunehmen. Der Zugang zu guter Bildung und
192 Ausbildung ist gerade für junge Menschen Anker und
193 Zukunftshoffnung zugleich: Kita, Schule, Betrieb oder Hochschule
194 schaffen nicht nur einen neuen Alltag, sondern sichern berufliche
195 Perspektiven und sind der erste Schritt in ein selbstbestimmtes
196 Leben. Deswegen brauchen junge Asylsuchende möglichst schnell
197 uneingeschränkten Zugang zum deutschen Bildungssystem. Von ihrer
198 frühen und umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe profitieren
199 sie selbst, aber auch die Gesellschaft.

200 Es ist die Aufgabe der bayerischen Staatsregierung dafür Sorge zu
201 tragen, dass junge Asylsuchende schnellstmöglich nach ihrer
202 Ankunft Zugang zu vorschulischer Betreuung und schulischer,
203 berufsschulischer und betrieblicher Bildung erhalten. Die für
204 Sprachförderung zusätzlich benötigten Lehrkräfte sind in
205 angemessener Zeit aus- bzw. fortzubilden. Dabei wird ein
206 besonderes Augenmerk auf in jüngster Zeit abgelehnte Referendare
207 gelegt. Dafür sind die Schulen und Berufsschulen des Freistaates
208 so auszustatten, dass alle Geflüchteten, unabhängig von ihrem
209 Aufenthaltsstatus, von Beginn an uneingeschränkten Zugang zu
210 Schulunterricht und zusätzlicher Sprachförderung erhalten. Um
211 dies zu gewährleisten, müssen die sogenannten Übergangsklassen
212 finanziell und personell ausgebaut werden. Ziel muss es darüber
213 hinaus aber sein, alle schul- und berufsschulpflichtigen
214 Asylsuchenden möglichst schnell in Regelklassen zu beschulen, um
215 damit dem wichtigen Inklusionsgedanken in der Bildung Rechnung zu
216 tragen.

217 Wir fordern die bayerische Staatsregierung zudem auf, der
218 Forderung der Wirtschaft nach einem gesicherten Bleiberecht für
219 die Zeit der Berufsausbildung unverzüglich nachzukommen, indem
220 sich die bayerische Staatsregierung auf Bundesebene für eine
221 rechtssichere Bleiberechtsregelung für junge Geflüchtete während
222 der Berufsausbildung und einer anschließenden zweijährigen
223 Berufsphase einsetzt. Solange diese Bundesregelung nicht

224 zufriedenstellend erreicht ist, müssen junge Geflüchtete in
225 Ausbildung über eine entsprechende Landesverordnung vor einer
226 Abschiebung geschützt werden.

227 Eine besondere Herausforderung bei der Aufnahme und Integration
228 junger Asylsuchender stellt die Gruppe der minderjährigen
229 Geflüchtete dar. Gerade sie benötigen Schutz und Fürsorge. Um die
230 spezifischen Bedürfnisse minderjähriger Geflüchtete im Sinne der
231 UN-Kinderrechtskonvention zu gewährleisten, müssen die Kommunen
232 angemessen unterstützt und finanziell ausgestattet werden.
233 Besonders zu berücksichtigen sind dabei die Vorrangigkeit von
234 Kindesinteressen gerade im Hinblick auf ausländerrechtliche
235 Entscheidungen sowie die konsequente Verbesserung der
236 Lebenssituation von Minderjährigen und die Gewährleistung
237 verbindlicher Standards bei der Inobhutnahme minderjähriger
238 Geflüchtete. Langfristig soll der Anspruch auf besonderen Schutz
239 auf alle minderjährigen Geflüchteten bis 21 Jahre ausgeweitet
240 werden.

241 **Aktionsplan für Bayern**

242 Das Land Bayern ist gefordert, seinen Teil beizutragen, um die
243 gemeinsame Herausforderung zu lösen. Bayern ist ein
244 wirtschaftlich starkes Land, viele Menschen sind hilfsbereit, das
245 haben sie in den vergangenen Wochen eindrucksvoll bewiesen. Wir
246 haben genug Möglichkeiten und müssen sie nutzen, um den Weg frei
247 zu machen für adäquate Hilfe und Angebote zur Integration. In
248 einem Aktionsplan für Bayern wollen wir den hier gegebenen
249 konkreten Handlungs- und Hilfebedarf aufzeigen.

250 Im Jahr 2015 kommen geschätzt eine Million Geflüchtete nach
251 Deutschland, ein großer Teil davon über Bayern. Bayern braucht
252 daher ausreichende eigene Kapazitäten in Ankunftszentren, von
253 denen die Geflüchtete dann in die Erstaufnahmeeinrichtungen und
254 andere Bundesländer verteilt werden. Die in Bayern ankommenden
255 Jugendlichen müssen besser geschützt und besser verteilt werden.
256 Die Geflüchteten müssen zudem schneller integriert werden, ihre
257 Potentiale müssen frühzeitig erkannt, gestärkt und an geeigneter
258 Stelle eingesetzt werden.

259 Schnelles und engagiertes Handeln ist in Bayern vor allem in den
260 drei Bereichen erforderlich: Aufnahme und Unterbringung;
261 Betreuung und Integration sowie Abbau unnötiger und teurer
262 Bürokratie.

263 **1. Aufnahme und Unterbringung**

264 Wir brauchen weitere Ankunftszentren, die wie in München im 24-h-
265 Betrieb Erstversorgung, Registrierung, medizinisches
266 Erstscreening und Weiterleitung leisten.

267 Wir brauchen weiter dringend und schnellstmöglich mindestens eine
268 Verdopplung der Erstaufnahmeplätze und -einrichtungen. Ein
269 bayernweites Liegenschaftskataster mit geeigneten Grundstücken
270 und Immobilien, die für Flüchtlingsunterkünfte geeignet sind, muss
271 umgehend vorgelegt werden. Leerstehende Kasernen, Schulen,
272 Krankenhäuser sind umgehend zu nutzen. Anstatt nur Forderungen an
273 andere zu stellen, muss das Land Bayern sofort Immobilien aus
274 seinem eigenen Bestand zur Verfügung stellen. Hier ist bislang zu
275 wenig passiert.

276 Wir brauchen deutlich mehr Unterkünfte im Gemeinschaftssystem der
277 Kommunen, dafür muss das Land mehr Unterstützung leisten, auch
278 bei der Grundstücksbeschaffung helfen. Wir brauchen eine
279 gemeinsame solidarische Aufnahme der Geflüchteten in den
280 Kommunen. Alle sollen mit einer Quote von mindestens 1,5% ihrer
281 Einwohner Geflüchtete im Rahmen des Gemeinschaftssystems
282 aufnehmen. Bei der Verteilung ist darauf zu achten, dass
283 Konfliktpotentiale unter AsylbewerberInnen und Geflüchteten
284 vermieden werden.

285 In jedem Regierungsbezirk soll es ein Ankunfts- und
286 Kompetenzzentrum für Jugendliche geben. Von dort sollen
287 Geflüchtete unter 18 Jahren möglichst schnell bayern- und
288 bundesweit auf Clearingstellen weitervermittelt werden. Dadurch
289 werden die Jugendämter der Landkreise entlastet.

290 Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten schaffen und beratende
291 staatliche Unterstützung bieten, dass Privatpersonen geduldete
292 Geflüchtete und Geflüchtete im Verfahren bei sich aufnehmen
293 können. Es gibt viele Menschen, die dazu bereit sind. Sie sollen
294 die Möglichkeit bekommen und so auch zu einer Entlastung bei der
295 Unterbringung beitragen können. Geflüchtete, die arbeiten, sollen
296 sich generell selbst eine Wohnung suchen können. Bürokratische
297 Hürden bei der Wohnungssuche müssen fallen.

298 Wir fordern, dass Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände
299 einen internetbasierten Wohnungspool aufbauen, in dem
300 Privatpersonen Zimmer oder Wohnungen melden.

301 Um den absehbaren höheren Bedarf an Wohnungen zu befriedigen,
302 brauchen wir eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau und mehr
303 Mittel für die Städtebauförderung zur Sanierung maroden
304 Baubestands. Mindestens 50.000 neue Wohnungen sind notwendig, um
305 Geflüchteten ebenso wie andere Wohnungssuchenden günstigen
306 Wohnraum zur Verfügung zu stellen und zu verhindern, dass es eine
307 Konkurrenz zwischen Geflüchteten und einkommensschwachen Teilen
308 der Bevölkerung gibt.

309 Wir fordern die CSU-Regierung auf, ein Wohnungsbauprogramm
310 aufzulegen. Mit einem Darlehensvolumen von 500 Mio. Euro und
311 Zinsfreiheit in den ersten zehn Jahren können neue
312 Sozialwohnungen gebaut und Wohnungen aus dem Bestand ertüchtigt
313 werden.

314 2. Bildung, Betreuung und Integration

315 Integration fängt mit Bildung an: Geflüchtete müssen ab dem
316 Zeitpunkt ihrer Ankunft in Bayern Zugang zu Bildungsangeboten
317 bekommen. Neben der Schule und der Berufsschule müssen alle
318 Bildungs- und Betreuungsinstitutionen unterstützt werden, um
319 Geflüchteten einen schnelleren Zugang zu Kitas, Weiterbildung und
320 Hochschulen zu ermöglichen.

321 Zu Beginn dieses Schuljahres werden in Bayern etwa 7.700 Kinder
322 aus Flüchtlingsfamilien unterrichtet. Eine weit größere Zahl
323 schulpflichtiger Kinder, Jugendlicher und vor allem junger
324 Erwachsener wird bisher nicht beschult. Vor allem junge Menschen,
325 die bereits volljährig sind werden abgewiesen und haben damit
326 kaum Chancen, Deutsch als Bildungssprache schnell und gut zu
327 erlernen. An den Berufsschulen wird es bayernweit voraussichtlich
328 440 Berufsintegrationsklassen geben, was einer Verdoppelung
329 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Trotzdem ist davon auszugehen,
330 dass damit der Anspruch von rund zwei Dritteln der jungen
331 Asylbewerber*innen auf Berufsschulunterricht nicht erfüllt werden
332 kann.

333 Dafür benötigen die Bildungseinrichtungen und ihre Beschäftigten
334 zusätzliche personelle und materielle Unterstützung. Das bedeutet
335 vor allem, mehr Personal zu Verfügung zu stellen, die Zahl der
336 Integrationsklassen deutlich zu erhöhen und die Angebote an
337 Integrations- und Sprachkurse erheblich auszuweiten. Alle Kosten,
338 insbesondere für An- und Abreise, sind von staatlicher Seite zu
339 tragen.

340 Wir fordern ein Sofortprogramm für Bildung und Förderung von
341 Geflüchteten. Wir brauchen schnellstmöglich 50 Mio. Euro, um
342 1.000 zusätzliche Lehrkräfte und Fachpersonal einzusetzen; um
343 einerseits die Sprachförderung zu intensivieren, andererseits das
344 Recht auf Berufsschulbildung umzusetzen, für den Aufbau einer
345 Sonder-Mobilen-Reserve und den Aufbau eines multiprofessionellen
346 Stützsystems.

347 Schülerinnen und Schüler müssen möglichst schnell in den
348 Regelklassen aller Schularten unterrichtet werden, damit eine
349 rasche Integration in unserer Gesellschaft gelingt. Sonderbedarfe
350 aufgrund von chronischer Erkrankung, Behinderung oder
351 traumatischen Erfahrungen müssen schnellstmöglich erfasst werden.
352 Ziel ist es, Sonderbedarfe als Regelfall inklusiv in den
353 Regelklassen zu erbringen unter Einsatz aller nötigen Ressourcen.
354 Eine durchgängige Sprachbildung in allen Schularten, die
355 individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler und eine
356 interkulturelle Öffnung fördern die Integration. Eine der
357 dringlichsten Aufgaben ist es, Lehrkräfte mit der Qualifikation
358 „Deutsch als Zweitsprache“ an allen Schularten bereit zu stellen.
359 Diese Lehrerinnen und Lehrer müssen über den regulären

360 Stundenbedarf einer Klasse hinaus, zumindest stundenweise, als
361 Zweitlehrkräfte zur Verfügung stehen. Um die geforderten Stellen
362 schnell besetzen zu können, muss die Staatsregierung die
363 finanziellen Mittel bereitstellen, um ab sofort qualifizierten
364 Lehrkräften mit einem Fortbildungsprogramm vor Ort und
365 berufsbegleitend eine Zusatzqualifikation zu ermöglichen und sie
366 so zur systematischen Sprachförderung an allen Schularten
367 einzusetzen.

368 Die Chancen auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt
369 sollten wir unverzüglich nutzen und unbürokratisch Möglichkeiten
370 eröffnen. Durch Jobcoaches und die schnellere Anerkennung von im
371 Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen
372 ist eine zügige Integration möglich. Im Bereich der beruflichen
373 Bildung könnten offene Lehrstellen mit dem 3+2-Modell besetzt
374 werden (Drei Jahre Ausbildung, zwei Jahre Berufspraxis, bei
375 gesichertem Aufenthalt).

376 Einen unschätzbaren Beitrag für die Betreuung leisten
377 ehrenamtliche Helfer*innen. Um sie und ihre wichtige Arbeit zu
378 unterstützen fordern wir für jeden Landkreis eine hauptamtliche
379 Stelle. Die Kosten dafür sind vom Land zu tragen. Wir fordern die
380 Einrichtung eines zentralen Internet-Forums als Basis für die
381 Vernetzung der Hilfeleister, in dem diese sich austauschen und
382 die Informationen weitergeben können. Darüber hinaus wäre eine
383 internetbasierte Übersetzungs-Hotline hilfreich, die von
384 hilfesuchenden Stellen bei Detailproblemen einbezogen werden
385 kann.

386 Die Asylsozialarbeit muss personell deutlich aufgestockt werden,
387 um eine angemessene Betreuung der Geflüchtete sicherzustellen.

388 Bei der Rekrutierung des Betreuungspersonals sollen verstärkt die
389 Kompetenzen der Geflüchtete selbst genutzt werden. Sie können
390 eine wertvolle Hilfe bei der Betreuung und Unterstützung sein.

391 Die nötigen Maßnahmen kosten zu Beginn viel Geld. Aber die Kosten
392 sind auch Investitionen, an deren Ende uns viele gut
393 qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die uns
394 aufgrund des demografischen Wandels ansonsten fehlen würden.

395 **3. Kommunen unterstützen, Bürokratie abbauen**

396 Die Versorgung und Unterbringung der Geflüchtete ist eine
397 Leistung, die vor allem von den Kommunen erbracht wird. Sie
398 brauchen deshalb eine deutlich bessere Unterstützung. Wir fordern
399 die CSU-Regierung auf, die vom Bund zugesagte monatliche
400 Unterstützung in Höhe von 670 Euro pro Geflüchtetem weitgehend an
401 die Kommunen weiter zu reichen. Zudem brauchen die Kommunen auch
402 einen Ausgleich für die höheren Personalkosten. Die Sachkosten
403 für die Kommunen und die Landkreise müssen derzeit einzeln
404 nachgewiesen werden, bevor sie erstattet werden. Dieser enorme
405 Verwaltungsaufwand bindet Ressourcen, die an anderer Stelle

406 fehlen. Deshalb fordern wir die Umstellung auf kostendeckende,
407 pauschale Vergütung pro Geflüchtetem, wie dies andere Länder
408 praktizieren.

409 Die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen lehnen wir ab, da sie
410 zu weiterer sinnloser und teurer Bürokratie führen würde.

411 Wir fordern die Streichung des Nachrangigkeitsprinzips (bis 15
412 Monate nach Ankunft der Geflüchtete) bei der Arbeitsaufnahme, da
413 es nur dazu beiträgt, Stellenbesetzungen zu verzögern, und eine
414 Streichung von Arbeitsverboten.

415 Wir wollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer (Hamburg,
416 Bremen, NRW) eine Gesundheitskarte für Geflüchtete einführen, mit
417 der wir sowohl eine gute Gesundheitsversorgung der Geflüchtete
418 sicherstellen als auch den derzeitigen Verwaltungsaufwand
419 reduzieren.